Ausgabe 1 | 2022

www.fpoe-bgld.at lgst.bgld@fpoe.at

## Neusiedler Stadtbote





Was bei der Entscheidungsfindung dermaßen lange dauerte, ist nicht nachvollziehbar. Bereits im Jahr 2018 hat der damalige FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig österreichische Investoren vorgestellt, die genau eine solche Lösung umsetzen wollten, wie sie jetzt auf dem Tisch liegt: Die Verknüpfung von öffentlich zugänglichem Hallenbad und touristischer Infrastruktur. Diesen Vorschlag lehnte die SPÖ - allen voran unsere Bürgermeisterin damals unverständlicherweise ab. Hätte man 2018 nur ein wenig Weitblick an den Tag gelegt, hätte unser Hallenbad gar nie geschlossen werden müssen.

Wie alle Neusiedler freuen wir uns, dass zumindestens jetzt eine Lösung angekündigt wurde. Besser spät als nie! Deswegen wird die FPÖ dem Vorhaben im Gemeinderat selbstverständlich auch ihre Zustimmung erteilen, auch wenn es die Stadt unnötigerweise 30 Jahre lang 300.000,— Euro im Jahr kosten wird.

Allen interessierten Beobachtern wird durch die Vorgänge um das Hallenbad aber eines klar: Die SPÖ funktioniert nur unter Druck! Es war nicht ihre höhere Einsicht, sondern einzig und allein die Angst vor einer schallenden Ohrfeige der Wähler im kommenden Herbst, den Landeshauptmann ietzt tief in die Tasche greifen lässt. Daher stellt die FPÖ - bei aller Zufriedenheit über die vorliegende Lösung - unmiss-verständlich klar: Auch mit absoluter Mehrheit darf man sich ruhig etwas früher Gedanken über notwendige politische Lösungen machen! Hauruck-Aktionen wie die jetzt kosten nur Zeit, Geld und Energie. Und eines Tages werden auch diese Hauruck-Aktionen nicht funktionieren - zum Schaden der Menschen, unserer Gemeinden und des Burgenlandes.



Landesparteiobmann Alexander Petschnig hat bereits 2018 als Landesrat österreichische Investoren für das Hallenbad vorgestellt.

## **Entlastung Gastronomiebetriebe**

Corona hat der Gastronomie voriges Jahr wie auch heuer wieder stark zugesetzt. Sei es durch den Lockdown im Spätherbst, die 2-G-Regel, oder die stark vorverlegten Sperrstunden um 22:00 Uhr. Deshalb wird die FPÖ-Neusiedl/See auch dieses Jahr wieder einen Antrag im Gemeinderat einbringen die Gastgarten-Gebühr für 2022 zu erlassen! Es sind schwierige und belastende Zeiten für unsere Gastronomiebetriebe in der Stadt.

Hoffnung wird in die Gastgarten-Saison 2022 gesetzt. Wenn es die Entwicklungen in Sachen Covid-19 und das hoffentlich frühlingshafte Wetter zulassen, dann sollen um Ostern herum die Gastgärten in Österreich wieder öffnen.Da aber die Gastrobetriebe für jene Gastgärten, die sich auf öffentlichem Gut befinden, eine Gebühr bezahlen müssen, stellen wir den Antrag diese Gebühr zu erlassen, um unsere Stadtgastronomie-



betriebe ein wenig zu entlasten, so wie es bereits 2020/21 Dank unseres Anstoßes der Fall war.

Der Verein "Bu in Not" schließ Mitgliegen un

in "Burgenländer in Not" wird ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und Spenden getragen.

Unterstützen auch Sie Burgenländer in Not BKS

Burgenländer in Not AT 51 1700 0004 3440 0007

Danke! Helfen kann so einfach sein.

Sie erreichen uns: +43 664 3744253 office.burgenlaender.in.not@gmail.com

Michaela Brandlhofer Obfrau

## **Taborstiege - Solarleuchten**

Beim abendlichen Spaziergang mit meinem Hund gehe ich sehr gerne zur Taborruine. Diese ist sehr schön beleuchtet und der Blick über den See und das Leitha Gebirge ist fantastisch. Ein Minuspunkt: Wenn ich anschließend über die Taborstiege ins Ortszentrum hinuntergehe, ist dies sehr gefährlich. Es gibt keine Beleuchtung und die Stufen sind gänzlich unregelmäßig angelegt. Wir werden auch hier einen entsprechenden Antrag einbringen, damit ein paar Solarleuchten aufgestellt werden können, die uns den Weg hinab in unsere wunderschöne Stadt beleuchten. Es fallen dafür weder Kosten für Stromleitungen, noch für den Betrieb an. Die Sicherheit der Spaziergänger aber ist dann gesichert!



Für Impffreiheit, gegen Zwang Der Impfzwang trifft alle erwachsenen Bürger Österreichs. Das Impfpflichtgesetz gibt dem Gesundheitsminister weitgehende Freiheiten, welche Impfstoffe verwendet werden und in welchen Abständne diese verimpft werden. Der Impfzwang ist Verfassungswidrig, weil kein Zusammenhang zwischen der Impfquote und der Ausbreitung des Virus erkennbar ist. Noch nie hat es so viel Bürgerbeteiligung bei einem Gesetz gegeben. "Wir werden daher weiterhin unsere gesamte politische Kraft darauf verwenden, dieses Unrechtsgesetz komplett zu Fall zu bringen!", so Herbert Kickl.



Bleib informiert:

www.impfzwang.at